



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2, IV/264 - 18. November 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0888890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Sparen!</u> USA macht ernst	50
2	<u>Belgrad und seine westlichen Nachbarn</u> Verbesserung der Atmosphäre Jugoslawien-Vatikan? Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	42
3	<u>Gegenleistungen in der Entwicklungshilfe</u> Von Heinrich G. Ritzel, MdB	42
4 - 5	<u>Der Kanzler-Kandidat im östlichen Mittelmeer</u> Auf Reise für Deutschland Von E.G. Sellenthin	71
6 - 7	<u>Spaltweilz kann nicht wuchern</u> DGB und IG Chemie greifen im Westerwald durch Von Günter Paschner, Mainz	88

* * * * *

Sparen !

USA machen ernst

SP - Die USA wollen sparen. Ihr Finanzminister Anderson und Unterstaatssekretär Dillon kommen nach Europa, um hier feststellen zu können, ob die finanziellen Leistungen der europäischen Verbündeten nicht nur für die Entwicklungshilfe, sondern auch für Verteidigungskosten erhöht werden können. Die Bundesregierung wird sich hierauf einstellen müssen, denn auf der anderen Seite suchen die USA für sich selbst eine Ausgabenentlastung durch die Konzentration ihres Rüstungsprogrammes auf Landstreckenwaffen und bewegliche Abschusstagen für Atomraketen. Inwieweit die gesamte Verteidigungsplanung des Westens dadurch berührt wird, kann man noch nicht klar übersehen.

Auch die Ankündigung, die USA würden etwa 264 000 von 484 000 Familienangehörigen ihrer im Ausland stationierten Soldaten in die Heimat beordern, ist ein Teil des neuen amerikanischen Sparprogramms. In der Bundesrepublik gibt es rund 180 000 Familienangehörige von US-Soldaten; 100 000 davon sollen nach Hause gehen.

Natürlich wird diese Ankündigung nicht nur bei den amerikanischen Soldaten und ihren Familien, sondern auch in den Ländern - besonders in der Bundesrepublik -, wo diese Familien jetzt leben, für und her zu mancherlei Spekulationen und Kombinationen öffnen. Schon jetzt wird die Vermutung ausgesprochen, dass den Familien die Soldaten selbst eines Tages folgen sollen und dass dann von den Stationierungsländern ein erhöhter Verteidigungsbeitrag gefordert wird.

Die Überlegung, es handele sich bei der ganzen Aktion bereits um ein Zeichen der "Era Kennedy", ist abwegig. Der noch antretende Präsident Eisenhower hat das Sparprogramm der amerikanischen Regierung entworfen und will es noch während seiner Amtszeit zur Anwendung bringen. Zweifellos wird der neue Präsident Kennedy mit den Auswirkungen aller dieser Maßnahmen sofort konfrontiert werden. Ob er sie billigt und ob er sie im Sinne Eisenhowers durchführt, bleibt abzuwarten.

+ + +

Belgrad und seine westlichen Nachbarn

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Während das jugoslawische Unbehagen an der bundesdeutschen Politik auch weiterhin seinen publizistischen Niederschlag in der hiesigen Presse findet, ist Belgrad dabei, seine Beziehungen zu zwei seiner westlichen Nachbarstaaten weiter zu verbessern. Der jugoslawische Außenminister Koca Popovic wird demnächst Österreich und anschließend Italien einen offiziellen Besuch abstatten. Beide Ereignisse kommen nicht überraschend. Sie waren bereits vor Jahresfrist bei einem Aufenthalt des italienischen Staatssekretärs im Außenministerium Bolchi und des österreichischen Außenministers Kreisky in Belgrad vereinbart worden. Im Gegenteil hat die durch die italienische Regierungskrise verursachte Verlegung des Besuches vom Frühjahr auf den Herbst bereits zu Vermutungen Anlaß gegeben, als stimme etwas nicht in den jugoslawischen italienischen Beziehungen.

Möchte man annehmen, daß die Beziehungen zwischen Wien und Belgrad infolge grösserer Ähnlichkeit ihrer außenpolitischen Konzeptionen tatsächlich intensiver sind, als die zwischen Belgrad und Rom, so wird dies trotz der Tatsache widerlegt, daß Popovic nach Wien bereits zum zweiten nach Rom jedoch zum ersten Male reist. Nicht nur, daß die Frage der slowenischen Minderheit in Österreich und Italien Belgrad viel weniger Anlaß zu Angriffen auf Rom gibt, scheint neben den offenen jugoslawisch-österreichischen Fragen (Vertragsfragen, Auslieferung von österreichischem Archivmaterial) das Verhältnis zwischen Belgrad und Wien am meisten durch ein Impendementum: die k.u.k. Vergangenheit, die nicht selten die Lösung aktueller politischer Fragen erschwert.

So ist auch diesmal zu erwarten, daß der Besuch des jugoslawischen Außenministers in NATO-Italien stärker zu Buche schlagen wird als der Aufenthalt im neutralen Österreich. Staatschef Tito hat bereits während der UNC-Generalversammlung sein politisches Interesse für den jugoslawischen Handelspartner Nr. 1 deutlich geäußert. Und erst dieser Tage erwartete eine führende jugoslawische Wirtschaftszeitung die italienischen Wirtschaftskreise, Jugoslawiens politischen Einfluß und sein Ansehen bei den neutralen afro-asiatischen Staaten stärker ökonomisch in der Form von gemeinsamen Auftreten in diesen Gebieten zu nutzen. Seit einiger Zeit gibt es auch nicht wenige Anzeichen, die auf einen weiteren Ausgleich zwischen Belgrad und dem Vatikan schließen lassen. Steht auch die Entwicklung zwischen Rom und dem Vatikan in reinem ursächlichen Zusammenhang, dürfte dies doch nicht ganz ohne Folgen bleiben.

Unabhängig von den konkreten Ergebnissen, die die beiden Besuche des jugoslawischen Außenministers bringen können und tatsächlich bringen werden, sind sie doch ein bedeutendes Ereignis für die Belgrader Westpolitik.

Gegenleistungen in der Entwicklungshilfe

Von Heinrich G. Ritzel, MdB.

In einem früheren Artikel habe ich von der Entwicklungshilfe gesprochen und sie als eine Aufgabe bezeichnet, die nicht nur wirtschaftlichen Charakter hat. Es kommt vielmehr darauf an, auch die politischen, soziologischen und anderen Momente zu beachten, die im Empfangsland von Bedeutung sind. So hätte es zum Beispiel wenig Sinn, bei der Hilfeleistung die soziologische Struktur der Empfangsseite unberücksichtigt zu lassen. So diese weniger auf das Individuum und durch es geschaffene und beherrschte juristische Personen aufgebaut, sondern - wie dies in asiatischen Ländern oft der Fall ist - mehr der genossenschaftlichen Konzeption der Gegenseitigkeit zuneigt, bleibt eine Hilfeleistung unter ihrem möglichen optimalen Wirkungsgrad, wenn sie diesen Aufbau nicht beachtet.

Ich habe auch davon gesprochen, dass die Mehrzahl der Entwicklungsländer als junge Gebilde nationale, wenn nicht gar nationalistische Züge aufweisen. Hieran anknüpfend drängt sich der Gedanke auf, dessen Verwirklichung es sowohl dem Empfangsland im Einzelfall leicht machen kann, Hilfe anzunehmen, als auch der Geberseite zum Vorteil gereichen kann. Es ist ja nicht so, dass Entwicklungsländer ihrerseits nichts zu geben und die industrialisierten Geberländer keine Verwendung für Leistungen aus den Entwicklungsländern, über traditionelle Ausfuhrgegenstände hinaus, hätten. So sollte einmal ernsthaft geprüft werden, ob Geberländer nicht als Gegenleistung der Entwicklungsländer geradezu um solche Gegenleistungen nachsuchen sollten.

Zwei beliebig vermehrbare Beispiele sollen eine Anregung sein, welcher Natur die Gegenleistungen sein könnten: Hochschullehrer in Disziplinen, die an Universitäten in westlichen Ländern nicht gelehrt werden oder die durch Vorlesungen von Gastprofessoren bereichert werden könnten. Sicherlich hätte manche deutsche Universität ein echtes Interesse daran, einen indischen Gastlehrer für indische Philosophie zeitweise unter seinen Dozenten zu haben. Eine andere wünschenswerte Gegenleistung wäre die Beschäftigung von Künstlern handwerklicher Richtung an Gewerbeschulen und Fachschulen von Geberländern. In der Formgebung und der Materialkomposition können solche Lehrer wertvolle Anregungen geben.

Zweifelloso würden solche Gegenleistungen **m a t e r i e l l** kaum Gewicht haben. Aber darum geht es ja nicht. Selbst in der Entwicklungshilfe geht es nicht **n u r** um materielle Dinge. Ideellen Wert aber hätten solche Gegenleistungen ganz bestimmt, denn sie trügen zur engeren Gestaltung der Verbindungen zwischen Gebern und Empfangenden bei. Das Entwicklungsland auf der anderen Seite dürfte das berechnete Gefühl haben, dass auch seine Leistungen anerkannt werden. In dem gegenseitigen Geben und Nehmen wächst der Geist der echten Partnerschaft, der für das gesamte "Klima" in der Entwicklungshilfe wichtig ist. Die alte Weisheit des Satzes "Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn Du nehmen willst, so gib!", ist auch in etwas veränderter Betrachtungsweise richtig.

* * *

Der Kanzler-Kandidat im östlichen Mittelmeer

Von H.G. Sellenthin

Als sich Willy Brandt kurz vor seinem Abflug nach Tel Aviv fragte, was er zu der teilweise heftigen Abwehrreaktion seine, die einige jüdische Politiker in Israel angesichts der Einreise einer deutschen kommunalpolitischen Delegation erkenntlich werden liessen, gab der SPD-Kanzler-Kandidat eine kluge und bescheidene Antwort. Er bedauerte, daß immer wieder alte Wunden aufbrechen, er bedauerte aber auch, daß solche Reaktionen oft zum Spielball politischer Absichten einiger weniger werden.

In ebenso verbindlicher Weise wies Willy Brandt vor der griechischen Presse wenige Stunden vor seiner Ausreise auf die schlimme Vergangenheit hin, die durch deutsche Schuld - für die er sich ohne persönliche Belastung dennoch mit verantwortlich fühle, - in Griechenland einmal das deutsch-griechische Verhältnis ernst getrübt habe. Diese ausdrucksvolle Geste wurde von den Griechen verstanden und gern aufgenommen. Überhaupt begegnete das Berliner Stadtoberhaupt einem grossen Verständnis in Griechenland. So wenn er auf die Parallellität des friedlichen Ringens des Statos Kallas und der Stadt Berlin hinwies. Die Griechen haben sich ihre Freiheit - nicht zuletzt gegen die Türken und dann in unseren Tagen gegen den alle Völkernationen unterjochenden Bolschewismus - mit vollem Einsatz erkämpfen müssen.

Als man Brandt auf die Affäre Korten-griechische Regierung Karamanlis ansprechen wollte, lehnte er dies mit dem Recht des Gastes ab, der sich nicht in innerpolitische Verhältnisse eines Gastlandes einmischen kann, und bekannte im übrigen - ganz im Sinne der Athener Deutschen Botschaft - daß diese Angelegenheit zu einer Sache der Gerechtigkeit geworden sei er über das angesprochene "Auslandssche" dieser bedauerlich hässlichen Affäre wenig informiert sei. Umso besser unterrichtet war Willy Brandt über das Ergehen und Geschick seiner Stadt Berlin, die er in deutscher und englischer Sprache der griechischen In- und Auslandspresse aber vor allem auch bei den zahlreichen offiziellen Empfängen geschickt zu verdeutlichen wußte. "Hier zählt jede Position der freien Welt für uns, die wir für Berlin interessieren können," erklärte Brandt in einem persönlichen Gespräch.

Natürlich wurde der Kanzler-Kandidat oft gefragt, was er über die Lösung der Berlin-Krise denke, und ob er "alles anders machen" würde, wenn er Kanzler wird. Brandt schilderte die Berlin-Frage sehr plastisch

und sagte, es werde seiner Meinung auch bei einer neuen Krise keine Luftbrücke geben, da die Stadt für Monate mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern eingedeckt sei. In eine Polemik gegen Dr. Adenauer stieg Brandt bewußt nicht ein. Mit grosser Fairness zog er zwar einige Grenzen, im übrigen vertret er Deutschland als politische Persönlichkeit, die grossen Eindruck machte. Brandt ist in Athen wie der Staatsmann einer bedeutenden Macht empfangen worden, mit Ehrungen, die weit mehr einem ersten Politiker als einem Stadtoberhaupt zugebracht waren.

Er wurde vom griechischen Königspeer empfangen, er sprach mit dem Ministerpräsidenten Karamanlis, seinem Stellvertreter Prof. Kanellopoulos, dem Aussenminister Averoff, Botschafter Kenturiotis, und dem Bürgerminister von Athen, Tsoukalis, den Brandt nach Westberlin einlud.

Häufig wollten Presselente und einige politisch Interessierte Brandt auch auf das Glatteis der deutsch-russischen Beziehungen führen, denn es gibt auch neutralistische Geismungen in Griechenland. Auf eine Frage, was er von einem möglichen Gespräch des Bundeskanzler mit Chruschtschow meine, und ob dabei die Berlin-Frage entschieden werden könne, sagte Brandt: " Ich bin kein Hellscher, aber ich habe nichts gegen das Gespräch! "

Brandt, ein charakteristischer Mann des Nordens, seiner Geburt und seiner entscheidenden Lebensstrecke nach, hat sich im östlichen Mittelmeer sehr gut an den temperamentvollen und teilweise hektischen Lebensstil anpassen können. Er erzählte, daß ihn die Altortümer, wie er sie etwa auf der Akropolis in Mucien gesehen habe oder in Korinth und Mykonä, sehr tief beeindruckt hätten. Es ginge ihm dabei ähnlich wie vor fünf Jahren, als er zum ersten Male nach Rom kam. Auch Athen sah Brandt zum ersten Male. Ein starkes Erlebnis war auch Israel für das Berliner Stadtoberhaupt, das die Grüsse der grössten jüdischen Gemeinde Deutschlands an den jüdischen Staat überbrachte.

In Griechenland hinterließ er mit bei seiner breise starke Sympathien. Er hatte von Anfang an eine gewisse Popularität der sonst wenig enthusiastisierten Griechen, wenn er mit seiner Frau Rut im Strassenbild erschien, das allerdings meist nach der Sitte des Landes mit grosser Kohorte und in der etwas sträpischen Aufmachung, die griechischen Politiker im Strassenbild heutzutage demonstrieren.

Willy Brandt im östlichen Mittelmeer war eine ungewöhnliche Erscheinung in dem etwas wirren Kreis der dortigen Politik.

Spaltpilz kann nicht wuchern

Von Günter Paschner, Mainz

Im "Hotel Paffhausen" nahe dem Bahnhof des Westerwaldstädtchens Kirges treffen seit Tagen mit der Post dutzendweise "Verpflichtungserklärungen" ein. Gewerkschaftsfunktionäre erklären darin, "auch weiterhin zum DGB zu stehen und ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten" sowie "Wie bisher als Funktionäre im DGB tätig zu sein, um die Absichten der Spalter zu nichte zu machen". Die Spalter, das sind neun ehemalige Westerwälder DGB-Funktionäre, die am 8. November im Schnellverfahren aus der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik ausgeschlossen worden sind. Sie hatten versucht, im Westerwald den Spaltpilz CGD (Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands) anzusetzen, für den sie hier günstigen Nährboden gefunden zu haben glaubten. Von den Höhen des Westerwaldes aus sollte der Spaltpilz dann weiterwuchern, um Gebiet für Gebiet zu verseuchen.

Aber soweit sollte es nicht kommen. Dafür sorgten eine Handvoll Funktionäre und Sekretäre der IG Chemie und des DGB, die im "Hotel Paffhausen" ein "Abwehroüro" einrichteten und eine gross angelegte Aufklärungskampagne starteten, durch die die Arbeitnehmerschaft in dem durch seine Steingut- und Keramikindustrie bekannten Westerwald gewarnt und informiert wird. An 450 Funktionäre wurden die Vordrucke der "Verpflichtungserklärung" verschickt. 350 kamen in wenigen Tagen - bis zum Dienstag dieser Woche - bereits unterschrieben zurück.

Aktion aus dem Hinterhalt

Erstmals wurde der DGB auf die Wüklarbeit ungetreuer Funktionäre im Regierungsbezirk Montabaur aufmerksam, als er am 5. Oktober dieses Jahres der Westerwälder Lokalpresse nach einer Tagung der Christlich-sozialen Kollegenschaft (im DGB) entnehmen konnte, die Einheitsgewerkschaft sei gescheitert. Die CDU-Kollegenschaft heuchelte Trennungsschmerz: Im Westerwald sei die Zusammenarbeit "zwischen christlichen Kollegen und freiheitlichen Sozialisten" immer recht gut gewesen. Das war vier Tage vor der Mehlemer Tagung des Zentralausschusses der CS-Kollegenschaft, wo man sich zwar nicht zu letzten organisatorischen Konsequenzen durchringen konnte, aber dennoch sophistisch formulierte: "Die Einheitsgewerkschaft als Einheit gleichberechtigter, die Einheitsgewerkschaft tragender Gruppen ist gescheitert". Und es war zwei Jahre nach der aufschlussreichen Feststellung des geistlichen Betreuers der Kollegenschaft, Pater Reichel, in einem Schreiben an den CDU-Bundesvorstand (!): "Die Zeit für eine eigenständige Lösung ist noch nicht reif".

Dass die CDU-Gewerkschaftler die Zeit nun für reif und den Westerwald für den Garten hielten, in dem sie die ersten Früchte dieser Reife zu ernten hofften, hängt ursächlich mit einem gewissen Ludwig Pfeil zusammen, der bis zu jenem 8. November Zweiter Vorsitzender des DGB-Kreis-ausschusses Unterwesterwald und ebenfalls Zweiter Vorsitzender der IG Chemie-Verwaltungsstelle Westerwald war und dem die Gewerkschaft inzwischen den Stuhl vor die Tür gesetzt hat.

Pfeil ist Bundessprecher der CS-Kollegenschaft. An ihn, der inzwi-

zchen zum Bezirksvorsitzenden der Spaltergewerkschaft CGD avancierte, müssen sich die Arbeitnehmer des Westerwaldes halten, wenn sie Auskunft über die Vorgänge haben wollten. Der zweite Mann, den die Schwere der Schuld ebenso trifft, hat es vorgezogen, sich in keiner öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung blicken zu lassen. Gert Podkowik, von 1954 bis zum 8. November 1960 geschäftsführender Vorsitzender des DGB-Kreis Ausschusses Unterwesterwald, bereitete die Aktion aus dem Hinterhalt des von ihm geleiteten DGB-Büros vor: Eine Woche, bevor die CS-Kollegenschaft am 5. November in Siershahn zusammenkam, um sich vom DGB zu trennen, besetzte er noch alle von der Gewerkschaft zu beschickenden Sozialfunktionen des Kreises und unterzeichnete als Einladender mit für eine Vorstandssitzung, die sich am 8. November in Siershahn mit der "gegenwärtigen gewerkschaftlichen Situation" des Westerwaldes befassen sollte. Das tat sie denn auch, indem sie Pfeil, Podkowik und sieben andere aus der IG Chemie hinauswarf, in einer entschlossenen Aktion, die allerdings zum Zeitpunkt der Einladung noch nicht beabsichtigt war. Ebenso wie ihr Chef Podkowik erschien dann auch eine Büroangestellte am 9. November nicht mehr zur Arbeit. Sie hat nun ein Schadensersatzverfahren zu gewärtigen.

"Stuhlgefährte Chruschtschows?"

Dieser zivilrechtliche Schritt wird jedoch nicht das einzige gerichtliche Nachspiel der giftigen Spaltpilzarbeit des Westerwaldes sein: Die Gewerkschaft Chemie ist gegenwärtig mit den strafrechtlichen Konsequenzen befasst, die sich aus der Behauptung ergeben, die Einheitsgewerkschaft sitze auf demselben Stuhl, "auf dem Chruschtschow, Lenin und Engelsitzen". Das nämlich behauptete der Kaplan von Wirges, Dietmann, in einer miternächtlichen Diskussionsrede am 10. November in der "Krone" in Wirges. Ob der geistliche Herr in der Tat der Meinung huldigt, die Gewerkschaften seien Stuhlgefährten des bolschewistischen Diktators, mag vor dem Kadi geklärt werden. Jedenfalls fiel der Kaplan in seinem CGD-Eifer damit aus jenem Rahmen, den in diesen turbulenten Tagen des sonst so ruhigen Westerwaldlebens ein gewisser Leo Schütz, ein aus Bonn als Heckenschützenhilfe herbeigerufener CDU/CSU-Propagandist, zur Begründung der Wählerarbeit der Spalter absteckte: "brutale Unterdrückung" der CS-Kollegenschaft im DGB durch die Sozialisten, Sozialdemokratisierung und Kulturpolitisierung des DGB. Wie sich dieser Schuss Schützes ins (CDU-) Schwarze der Unterstellungen mit der Tatsache verbinden lässt, dass sich Pfeil, Podkowik und Gefolgschaft bis zu ihrem Rausschmiss einflussreicher Positionen in der Einheitsgewerkschaft erfreuten, dürfte auf ewig sein Geheimnis bleiben.

Wie überhaupt manches am Westerwälder CGD mysteriös ist: bei Anruf der für ihre neue Geschäftsstelle im Siershahner Hause Adolfstrasse 24 angegebenen Telefonnummer meldet sich der Hauseigentümer, ein Bauunternehmer, der für fehlende Christ-Gewerkschaftler bereitwillig CGD-Auskünfte erteilt.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel